

Widerstand an der FU: Containerdorf für Flüchtlinge geplant

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Bröckelt die woke Fassade? Erfahren Sie mehr über den Widerstand der Freien Universität und den Senatsbeschluss.

Das Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem steht im Mittelpunkt einer Kontroverse, da der Senat plant, dort ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge zu errichten. Die Freie Universität (FU) zeigt sich jedoch skeptisch und wehrt sich gegen diese Pläne, da sie das Grundstück für eigene Bauprojekte vorgesehen hat. Präsident Günter Ziegler beklagte, nicht rechtzeitig informiert worden zu sein und betonte, dass die Uni bereit sei, geflüchtete Menschen zu unterstützen, wenn es die Möglichkeiten zulassen.

Die FU hatte bereits in der Vergangenheit kurzfristige Unterstützung bei der Unterbringung von Geflüchteten angeboten, musste jedoch auf den dringenden Bedarf für eigene Baumaßnahmen ab 2023 hinweisen. Derzeit stehen keine anderen Flächen für Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung, obwohl leerstehende Gebäude in unmittelbarer Nähe verfügbar sind. Der Senat prüft jedoch weiterhin alle städtischen Freiflächen, um ausreichende Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen.

In einem breiteren Kontext beschloss der Senat Ende März die Errichtung von 16 zusätzlichen Containerdörfern, um dem akuten Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Vor allem im Ostteil der Stadt sind neue Standorte geplant, wodurch sich das Ungleichgewicht in der Verteilung der

Flüchtlingsunterkünfte weiter verschärft. Einige Bezirke, darunter Pankow, nehmen bereits einen Großteil der Flüchtlinge auf und sollen nun zusätzliche Kapazitäten bereitstellen.

Die geplanten Containerdörfer sorgen auch für Spott und Kritik im Netz, insbesondere hinsichtlich des Widerstands der FU gegen die Nutzung ihres Grundstücks. Einige Nutzer werfen der Universität eine Diskrepanz zwischen ihrer progressiven Haltung und dem aktuellen Protest vor. Die Debatte zeigt, wie kontrovers und komplex die Thematik der Flüchtlingsunterbringung in Berlin diskutiert wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de